

Unabhängige Bürger Künzelsau

Stellungnahme zum Haushalt 2024

Vorgetragen von Boris d'Angelo (Fraktionsvorsitzender)

Alle Jahre wieder zur Weihnachtszeit ereignet sich das gleiche Ritual im Gemeinderat: Die Haushaltsreden. Kommunale Themen werden ausführlich beleuchtet, Zahlen wiederholt, die schon mehrfach zu hören waren, und zum Schluß wird zugestimmt, nicht ohne die Stadtverwaltung zu loben.

Wir haben uns in den vergangenen zwei Jahrzehnten auch stets beteiligt, allerdings häufig mit anderen Zielen. Von Anfang an haben wir die hohe Verschuldung kritisiert, die immer noch vorhanden ist. Nur durch überdurchschnittliche Gewerbesteuer-Einnahmen ist Künzelsau bisher von den Auswirkungen dieser Schuldenlast verschont geblieben. Hoffen wir alle gemeinsam, dass dies so bleiben wird trotz des erwarteten Konjunktur einbruchs, der momentan überall an die Wand gemalt wird. Sollte sich der Topf nicht mit der kalkulierten Gewerbesteuer füllen, wäre der vorliegende Haushalt schnell Makulatur. Dann müßten viele Projekte auf den Prüfstand. Ebenso die hohen Personalkosten, die sich in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt haben und in rasantem Tempo weiter steigen. Wir warnen eindringlich davor, noch mehr Stellen zu schaffen oder die Personalkosten auf anderen Wegen zu steigern. Personallücken können auch durch Umbesetzungen geschlossen werden. Man wird sich auf die Pflichtaufgaben konzentrieren und die freiwilligen Leistungen zurückfahren müssen. Ein Rathaus ist kein Event-Center. Unverhältnismäßiger hoher Aufwand im Veranstaltungswesen oder auch in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist unnötig. Die dort gebundene Arbeitsleistung kann anderweitig besser eingesetzt werden. Beispielsweise beim Aufbau einer funktionierenden Gesundheitsversorgung, die seit Schließung unseres Krankenhauses zum akuten Notfall geworden ist. Die Absicht, das Krankenhaus-Areal wieder zum Leben zu erwecken und medizinische Dienstleister anzusiedeln ist absolut richtig. Hierbei werden wir die Verwaltung im Rahmen unserer Tätigkeit im Gemeinderat vollumfänglich unterstützen. Das dort investierte Geld ist die beste Zukunftssicherung für unsere Stadt.

Alle unsere kommunalpolitischen Vorstellungen Revue passieren zu lassen, könnte sich zu einem abendfüllenden Programm ausweiten. Darauf verzichten wir mit Rücksicht auf die Nerven des hier versammelten Gremiums. Es wäre auch wenig erfolgversprechend. Denn unsere Ideen wurden in der Vergangenheit leider kaum berücksichtigt, obwohl sie es wert gewesen wären und noch sind. Etwa beim Hochwasserschutz. Wäre unser Vorschlag, das Bachbett aus der Hauptstraße zu verlegen, seinerzeit umgesetzt worden, hätte die Flut von 2016 keine derartig immensen Schäden verursacht. Derweil hängt die Überschwemmungsgefahr immer noch wie ein Damoklesschwert über der Stadt, weil bis heute kein wirksamer Schutz gebaut wurde.

Die Aussichten, für unsere Ziele ausreichend Unterstützung zu bekommen, sind denkbar gering. Daher werden wir auch keine entsprechenden Anträge einbringen. Statt dessen haben wir uns grundsätzliche Gedanken zu Sinn und Zweck solcher Haushaltverabschiedungen gemacht. Die Budgetierung ist das sogenannte „Königsrecht“, was immer der Erfinder dieses stolzen Begriffs damit gemeint hat. Er soll wohl ausdrücken, daß alleine die gewählten Volksvertreter über die Finanzen entscheiden. Soweit so gut. Aber damit verhält es sich ähnlich wie mit der Stimmenverteilung im Gemeinderat. Nominell hat der Bürgermeister als Repräsentant der Verwaltung nur eine Stimme, die Mandatsträger jedoch aktuell 22. Damit könnte der Gemeinderat jederzeit Verwaltungsanträge ablehnen und eigene Ansichten durchsetzen. Das geschieht jedoch so gut wie nie, von kleineren Episoden mal abgesehen. Die Verwaltung ist am Ende immer stärker. Theorie und Praxis klaffen also weit auseinander.

Das hat der Umweltskandal, der sich bei der Bebauung des Peka-Areals zugetragen hat, anschaulich bewiesen. Damals wurde fast alles falsch gemacht. Vom Abbruch des Gebäudes über den Kaufvertrag mit dem Investor bis zur Beseitigung des kontaminierten Materials. Die Empörung im Gemeinderat war zunächst groß. Eine Mehrheit, wie sie sich ganz selten zusammenfindet, hat vollumfängliche Aufklärung verlangt. Dieser Aufforderung ist die Verwaltung nicht nachgekommen. Eine Arbeitsgruppe aus drei Fraktionen hat dem Bürgermeister am 7. 2. 2022 (also vor fast zwei Jahren) einen Fragenkatalog übersandt, der bis heute nicht beantwortet wurde. Dennoch hat der Gemeinderat, aus welchen Gründen auch immer, außerplanmäßige Kosten von über zwei Millionen Euro für die Entsorgung des verunreinigten Erdreichs abgeseget.

Wir fragen uns, was das vielzitierte „Königsrecht“ letztendlich für einen Sinn macht. Zu Beginn des Jahres 2021 war ebenfalls ein Haushaltsplan aufgestellt worden, in dem die zwei Millionen nicht enthalten waren. Plötzlich war das Geld doch vorhanden, um eklatante Fehler zu bereinigen. Angesichts dessen sind erhebliche Zweifel an der Wirksamkeit des alljährlichen Rituals durchaus angebracht, wie es sich heute wieder abspielt. Aus diesem Grund lehnen wir den Haushaltsplan 2024 ab.

Damit artikulieren wir auch unseren Protest, weil die Verwaltung ihrer Auskunftspflicht bis dato nicht nachgekommen ist. So geht man nicht mit gewählten Stadträten um, die sehr viele Stunden ihrer Freizeit aufgewendet haben, um Licht ins Dunkel der Geschehnisse zu bringen. Sie haben ihre gesetzliche Pflicht als Kontrollorgan ernst genommen, sind dabei aber nicht ernst genommen worden. Die Gemeindeordnung schreibt jedoch unmißverständlich vor, der Gemeinderat muß die Verwaltung kontrollieren. Dieser wichtige Grundsatz scheint hier oftmals in Vergessenheit zu geraten.

Gleichwohl stellen wir fest, daß der vorliegende Haushaltsplan übersichtlich verfaßt ist und die Beschlüsse der Vorberatungen enthält, die wir im Wesentlichen im kommenden Jahr mittragen werden. Stadtkämmerer Walter und sein Team haben sich stets um Transparenz und Sachlichkeit bemüht, was wir ausdrücklich anerkennen. Der Finanzplanung der KÜN-Werke stimmen wir daher zu, um ein Zeichen des Vertrauens zu setzen.